

A11 Menschen aufnehmen – Talibanherrschaft in Afghanistan verurteilen!

Gremium:	Landesvorstand der Grünen Jugend Schleswig-Holstein
Beschlussdatum:	21.01.2023
Tagesordnungspunkt:	3. Anträge
Status:	Modifiziert

Antragstext

1 Seit der Einnahme von Kabul durch die Taliban am 15. August 2021 werden die
2 Menschenrechte immer stärker eingeschränkt, Medien unterdrückt und
3 Kritiker*innen und vermeintliche Oppositionelle gefoltert und hingerichtet. Die
4 Taliban passen staatliche und institutionelle Strukturen an ihre religiösen und
5 politischen Vorstellungen an und die humanitäre Lage hat sich deutlich
6 verschärft. Seit der Machtübernahme haben die Taliban zudem Gesetze erlassen die
7 die Rechte von Frauen und Mädchen weitreichend einschränken. Sie werden unter
8 anderem davon abhalten, ihre grundlegendsten Rechte auf Meinungsäußerung,
9 Bewegungsfreiheit und Bildung auszuüben. Auch die Auswirkungen der
10 Wirtschaftskrise auf Frauen und Mädchen sind besonders gravierend, da diese es
11 immer schwerer haben, Zugang zum Sozial- und Gesundheitssystem zu erlangen.

12 Das Aufnahmeprogramm der Bundesregierung für ehemalige Ortskräfte, deren
13 Familien und afghanische Staatsangehörige in Afghanistan, die sich für Frauen-
14 und Menschenrechte eingesetzt haben oder wegen ihrer Tätigkeit in Justiz,
15 Politik, Medien, Bildung, Kultur, Sport oder Wissenschaft besonders gefährdet
16 sind schafft Perspektiven und reagiert somit auf den plötzlichen und
17 unkoordinierten Abzug westlicher Staaten. Die Kritik der Union, welche das
18 Aufnahmeprogramm als Migrationspolitik unter dem Deckmantel der Humanität zu
19 Lasten von Ländern, Landkreisen, Städten und Gemeinden bezeichnet, darf dieses
20 nicht gefährden und muss scharf zurückgewiesen werden.

21 Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, schnellstmöglich
22 afghanische Hilfskräfte aufzunehmen und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation
23 in Afghanistan zu ergreifen. Konkret bedeutet dies:

- 24 1. Die Bemühungen zur Wahrung der Menschenrechte, insbesondere der Rechte von
25 Frauen in Afghanistan zu intensivieren.
- 26 2. Die Unterstützung für humanitäre Hilfsmaßnahmen in Afghanistan zu erhöhen,
27 um die Not der Bevölkerung zu lindern.
- 28 3. Die Ausweitung des Aufnahmeprogramms der Bundesregierung für weitere
29 gefährdete Gruppen.

30 Somit unterstützen wir die gefährdeten Menschen vor Ort und garantieren eine
31 Aufnahme gefährdeter Gruppen in Deutschland.